

## Anfragen zum Plenum in der 8. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit ist sie mit der Evaluation zur Kommunalwahl 2020, wann wird diese abgeschlossen sein und wann wird diese auf die Tagesordnung des Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport gesetzt?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, im Hinblick auf die Antwort der Regierung der Oberpfalz – Zentrale Ausländerbehörde – wegen Ersuchens auf Auskunft der Bürgerinnen- bzw. Bürger-Initiative ASYL Regensburg (BI Asyl) über die Zahlen der von der Ausländerbehörde der Stadt Regensburg, der Ausländerbehörde des Landkreises Regensburg und der Zentralen Ausländerbehörde der Regierung der Oberpfalz erlassenen Abschiebungsbescheide und die Zahlen der in ihrem Zuständigkeitsbereich stattgefundenen Abschiebungen in den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2021, dass das Auskunftersuchen der BI Asyl die Voraussetzungen von Art. 39 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) nicht erfülle, frage ich sie, wie legt sie die Tatbestandsmerkmale des Art. 39 Abs. 1 Satz 1 BayDSG „glaubhafte Darlegung eines berechtigten, nicht auf eine entgeltliche Weiterverwendung gerichteten Interesses“, „Zulässigkeit der Übermittlung personenbezogener Daten an nicht öffentliche Stellen“ und „keine Beeinträchtigung von Belangen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ im Lichte des allgemeinen Auskunftsrechts des Art. 39 BayDSG aus und ist die Staatsregierung der Meinung, dass die BI Asyl, die sich als örtliche Regensburger Gruppe der Geflüchteten-solidaritätsbewegung in Deutschland versteht, Mitglied im Flüchtlingsrat unter dem Dach von Pro Asyl ist, eng mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, demokratischen Parteien und Nichtregierungsorganisationen (NGO) in den Bereichen „Asyl, Geflüchtete und Ausländer“ zusammenarbeitet und in diversen lokalen Gremien und NGO in Regensburg (u. a. im Integrationsbeirat der Stadt, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft, Flüchtlingsforum) vertreten und Mitglied des Dachverbands sozial engagierter Gruppen in Regensburg „Regensburger Soziale Initiativen e. V.“ ist, einen Anspruch nach Art. 39 BayDSG auf Auskunft entsprechend ihres oben genannten Ersuchens hat, zumal Einzelangaben über Personen nicht Gegenstand des Auskunftersuchens sind, sondern nach Zahlen gefragt wird?

**Inge Aures**  
(SPD)

Nachdem die Frankenpost am heutigen Montag, 21.02.2022, die Schließung des Alexbades in Bad Alexandersbad vermeldete, die defizitäre Situation des Bades bereits lange bekannt war und selbst die Rechtsaufsicht unmittelbar nach Eröffnung des Alexbades ein Gutachten beauftragt hatte, wie mit der damals bekannten Unwirtschaftlichkeit des Alexbades umgegangen werden solle, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr und dem ORH vor, die überhaupt zur Genehmigung des Bades geführt haben, auf welcher Grundlage wurde die Entscheidung damals getroffen und wie lange ihr die Unwirtschaftlichkeit des Alexbades bekannt?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der empirischen REACT-Studie aus Großbritannien<sup>1 2</sup> wonach eine dritte Impfung die Virenlast bei Omikron-Variante gerade nicht reduziert sowie aus der CDC-Studie auf Basis aller Covid-Fälle aus New York und Kalifornien „COVID-19 Cases and Hospitalizations by COVID-19 Vaccination Status and Previous COVID-19 Diagnosis – California and New York, May–November 2021“<sup>3 4</sup>, die nach unserer Lesart nachweist, dass eine natürlich erworbene Immunisierung gegen das Covid-Virus praktisch immer eine wirkungsvollere Abwehr bereitstellt, als eine auf künstlichem Weg durch mRNA-Wirkstoffe erworbene Immunisierung, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Gründen sie dem Beschlusspapier der „Videoschaltkonferenz des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 16. Februar 2022“ zustimmte und damit auch der in der Einleitung enthaltenen Aussage „Auch aus der Sicht des Expertenrats ist die zumindest dreifache Impfung das effektivste Instrument, um die Krankheitslast durch COVID-19 zu minimieren und das Ende der Pandemie schrittweise zu erreichen“ eine Art politische Absolution erteilte, wenn doch in der empirischen Studie „COVID-19 Cases and Hospitalizations by COVID-19 Vaccination Status and Previous COVID-19 Diagnosis – California and New York, May–November 2021“ die US-Gesundheitsbehörde CDC auf der empirischen Basis aller Covid-Fälle der Staaten Kalifornien und New York ausweislich der darin abgebildeten „Figure“ und der „supplementary Figure“ zu dem Ergebnis kam, dass nicht etwa Impfungen, sondern eine natürliche Immunisierung das effektivste Instrument ist, um die Krankheitslast durch COVID-19 zu minimieren, welche wissenschaftlichen Argumente sind ihr bekannt, aus denen heraus sie angesichts der Behauptung, dass eine natürliche Immunisierung einen besseren Abwehrschutz bietet und da zweitens sowohl das Auftreten von weiteren Covid-Varianten im Herbst, als auch deren potenzielle Letalität derzeit vollkommen unbekannt sind, der Passage „Bestehende Immunitätslücken sollen geschlossen und einer erneuten Infektionswelle im Herbst/Winter vorgebeugt werden.“ im selben Beschlusspapier zustimmte und welche Eigenschaften zeichnet die gegenwärtig dominante Variante des Covid-Virus im Vergleich zu anderen Ansteckungskrankheiten, darunter z.B. Influenza-Viren oder multiresistente Krankenhauskeime aus, dass die Staatsregierung ausschließlich einen „Basisschutz“ gegen das Coronavirus im Sommer etablieren möchte, nicht aber gegen andere Ansteckungsquellen (bitte das angestrebte Ziel dieses „Basisschutzes“ bei praktisch im Sommer 2021 und daher wohl auch im Sommer 2022 nicht existierenden Covidviren voll umfänglich offenlegen)?

---

<sup>1</sup> vgl. [https://www.imperial.ac.uk/media/imperial-college/institute-of-global-health-innovation/R17\\_final.pdf](https://www.imperial.ac.uk/media/imperial-college/institute-of-global-health-innovation/R17_final.pdf)

<sup>2</sup> vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=c32vDjyNE-M&t=336s - Min. 11:25>

<sup>3</sup> vgl. <https://stacks.cdc.gov/view/cdc/113253>

<sup>4</sup> vgl. <https://www.cdc.gov/mmwr/volumes/71/wr/pdfs/mm7104e1-H.pdf>

---

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem auf meine Schriftliche Anfrage „Menschenschmuggel via „Grauer Dienstpässe aus der Türkei“ aus dem Mai 2021 auf Drs. 18/17574 die Staatsregierung geantwortet hat, dass Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften Traunstein, Weiden und München I laufen, frage ich sie nun, auf welchem Ermittlungsstand diese Verfahren sind, ob es ansonsten neue Erkenntnisse bzw. Fälle (mit Zahl der Personen) der Art „Menschenschmuggel mit Grauen Dienstpässen“ gibt und ob es stimmt, dass ein Busunternehmen aus München ebenfalls in diesen Schmuggel involviert war?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem sich Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber laut Medienberichten in nächster Zeit mit vier Betroffenen des Flutpolder-Baus an der Donau treffen will, frage ich die Staatsregierung, bis wann alle geplanten Flutpolder an der Donau fertig gebaut und einsatzbereit sind (bitte mit Angabe des geplanten Zeitpunkts der Fertigstellung und Einsatzbereitschaft für jeden einzelnen Flutpolder), wie bis zur Fertigstellung der Polder der Schutz der Donauanlieger vor Hochwassern sichergestellt wird, und zu welcher zeitlichen Verzögerung der Fertigstellung der Flutpolder an der Donau die – politisch bedingte – Planungs- und Bauunterbrechung sowie die Umplanung (statt der beiden Standorte Eltheim und Wörthhof die gemeinsame Variante Wörthhof-groß) geführt hat?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele landeseigene Nutzfahrzeuge gibt es im Bestand, wie viele wurden seit 2019 jährlich neu angeschafft bzw. geleast und wie viele sind mit einem Abbiegeassistentensystem ausgestattet (bitte jeweils nach Fahrzeugklasse angeben)?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die staatlichen Auflagen zum Rückbau der nicht zu nutzenden Tiefbrunnen des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Mittellmain (FWM) in der Gemarkung Hofstetten (Stadt Gemünden, Landkreis Main-Spessart) durch den Zweckverband FWM (vgl. Berichterstattung in der Main Post vom 11.01.2022 und vom 06.02.2022) nicht umgesetzt wurden, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Auflagen beinhaltet der inzwischen übermittelte verpflichtende Bescheid des Landratsamtes Main-Spessart gegenüber dem Zweckverband FWM, welche inhaltlichen Gründe für eine Klage dagegen führt der Zweckverband FWM an und wann ist mit einer Umsetzung der Auflagen aus dem verpflichtenden Bescheid zu rechnen?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Nachdem der Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einem Tweet vom 20. Februar 2022 schrieb, dass es eine gesetzliche Grundlage brauche, die das Tragen von Masken und Testen vor allem in Schulen weiterhin möglich mache, frage ich die Staatsregierung, wie soll nach Auffassung der Staatsregierung eine gesetzliche Grundlage aussehen, die das Tragen von Masken und Testen an Schulen nach dem Auslaufen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite weiterhin möglich macht, muss das Tragen von Masken und das Testen in Schulen beendet werden, wenn die epidemische Lage von nationaler Tragweite am 19. März 2022 ausläuft und plant sie nach Auslaufen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite eine eigene Verordnung in Bayern zu schaffen, die das Tragen von Masken und das Testen an Schulen weiterhin verpflichtend erforderlich macht (bitte Basis der gesetzlichen Grundlage erläutern, auf der dies möglich ist)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches neue Modellprojekt zur Digitalen Schule für 250 Schulen mit digitaler Vollausrüstung der Schülerinnen bzw. Schülern ist geplant, warum wird erneut ein Modellprojekt durchgeführt, statt endlich für eine flächendeckende digitale Ausstattung der Schulen zu sorgen und wie gestaltet sich das Bewerbungsverfahren auf das Projekt (bitte u. a. Zeitraum des Verfahrens, Auswahlkriterien sowie Start des Projekts angeben)?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Laut Bundesregierung sollen mögliche Unterbringungsprobleme bei afghanischen Ortskräften in den Kommunen auf der Landesebene gelöst werden, daher frage ich die Staatsregierung, warum afghanische Ortskräfte nicht dabei unterstützt werden, die Übergangwohnheime zu verlassen und in Wohnungen einzuziehen (da sich die Personen nun seit mehreren Monaten in den Übergangwohnheimen aufhalten müssen und keinerlei Unterstützung erhalten, bitte nicht auf mögliche Projekte, wie Wohnraum für Alle (WoFA) oder Wohnungspakt Bayern – hier sind die Kapazitäten bereits ausgeschöpft – hinweisen), ist die Staatsregierung der Meinung, dass die Unterbringung in Übergangwohnheimen der Integration der afghanischen Ortskräfte dienlich ist (falls ja, bitte begründen, wie diese Unterbringungsform mit dem Ziel der Integration vereinbar ist, falls nein, bitte die zusätzlichen unterstützenden Integrationsmaßnahmen während des Aufenthalts in den Übergangmaßnahmen auflisten), wie werden die afghanischen Ortskräfte bei der Anmeldung in Kindergärten und Schulen, beim Erwerb der deutschen Sprache und der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt (da uns die Rückmeldung der Wohlfahrtsverbände vorliegt, dass die Flüchtlings- und Integrationsberatung in Bayern mit dieser Aufgabe überlastet ist, bitte nicht auf diese und aufgrund der fehlenden WLAN-Versorgung in den Übergangwohnheimen nicht auf die Online-Sprachkurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hinweisen)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Prüfung einer sogenannten sozialen Taxonomie durch die Europäische Kommission, welche analog zur umstrittenen grünen Variante Anlegern signalisieren soll, welche Unternehmen dem Gemeinwesen dienen und sich deshalb für die Anlage nach sozialen Standards eignen, frage ich die Staatsregierung, welche grundlegende Position hat sie zu einer sozialen Taxonomie, welche Auswirkungen hätte eine soziale Taxonomie nach Ansicht der Staatsregierung auf die Wirtschaft in Bayern und welche Wirtschaftszweige in Bayern wären besonders von einer sozialen Taxonomie betroffen?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der am 21. Januar 2022 bekanntgemachten Änderungen an der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (FILS-R-N) und den Äußerungen des Staatsministers Dr. Michael Piazzolo vom 17. Januar 2022 („Über 70 Prozent der Klassenräume in Bayern verfügen über einen mobilen Luftreiniger, der nach bayerischen Programmen entsprechend finanziert ist.“) frage ich die Staatsregierung, für wie viele Klassenräume wurde nach der Landesförderrichtlinien FILS-R-N eine Förderung beantragt, bewilligt und ausgezahlt (bitte einzelne Summen je Status im Förderverfahren nennen und dazu auch das damit verbundene Fördervolumen in Euro darstellen sowie auf mittlerweile zurückgezogene Anträge eingehen), wie viele Mittel sind vor dem Hintergrund der neu in die FILS-R-N aufgenommenen Nr. 8.4, die einen Hinweis auf eine mögliche Überzeichnung des Förderprogramms gibt, aktuell noch nicht gebunden bzw. für neue Anträge noch verfügbar und wie viele Räume an bayerischen Schulen entsprechend der Meldungen über das Schulportal (vgl. Kultusministerielles Schreiben vom 27. August 2021) je Monat seit September 2021 mit Raumlüftungsgeräten ausgestattet wurden (bitte Aufschlüsseln nach Ausstattung der Räume in absoluten und relativen Zahlen – möglichst auf Kreisebene – für die Einzelmonate seit September 2021)?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Dienstunfähigkeitsverfahren in den letzten fünf Jahren bei Lehrkräften an Grund- und Mittelschulen gestellt wurden, wie viele in diesem Zeitraum positiv bzw. negativ verbeschieden wurden (bitte jeweils aufgelistet nach Regierungsbezirken angeben) und was die Hauptgründe für eine Genehmigung bzw. Ablehnung waren?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Bedeutung, die die Staatsregierung dem Thema Cyber Security beimisst (siehe die Antwort auf meine Anfrage zum Plenum, wonach im Haushalt für die Münchner Sicherheitskonferenz im Bereich Cyber Security eine finanzielle Förderung von insgesamt 902 Tsd. Euro vorgesehen ist) frage ich die Staatsregierung, was ist aus dem im Reformbeirat und im Hochschulbeirat der Hochschule für Politik angedachten interdisziplinären „Center for Conflict Resolution, Human and Cyber Security“ samt vorgesehener W3 Professur geworden, aus welchem Grund wurde das Vorhaben nicht umgesetzt und welche wissenschaftlichen Einrichtungen außer der neu geschaffenen Professur „Global Security & Technology“ an der Hochschule für Politik (HfP) sind in diesem Bereich geplant?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem in der örtlichen Presse zur am 15. Februar 2022 havarierten Biogasanlage in Fuchsstadt bei Würzburg berichtet wurde, dass eine nachträgliche Errichtung einer kompletten Umwallung auf dem Betriebsgrundstück aufgrund der Anordnung der Anlagenteile und der Topographie nicht möglich gewesen sei (Mainpost vom 18. Februar 2022), frage ich die Staatsregierung, wurde tatsächlich bislang auf die Umsetzung einer Umwallung verzichtet (bitte unter Angabe der dokumentierten Gründe), wie wird sichergestellt, dass die vorgeschriebene Umwallung (gemäß § 37 Abs. 3 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen – AwSV) bis spätestens zum 1. August 2022 (nach § 68 Abs. 10 Satz 1 AwSV) trotz der in der Berichterstattung genannten Schwierigkeiten errichtet werden kann (bitte den entsprechenden Bescheid beifügen bzw. zitieren), und wurden alternative Sicherungsmöglichkeiten (Leckageerkennungssysteme mit Alarm nach § 37 Abs. 2 AwSV, Rückhaltebecken o. Ä.) angeordnet (falls nicht, bitte die hierzu vorliegende bzw. inzwischen gegebene Begründung vollständig mit angeben)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung beziehungsweise auf meine Anfrage zum Plenum vom 02.02.2022 (Drs. 18/20125) zur Zusammenlegung der Dienstpläne der Notarzt-Standorte in Uffenheim und Bad Windsheim, für welche Notarzt-Standorte in Bayern gibt es ähnliche Überlegungen zur Zusammenlegung der Dienstpläne, an welchen Notarzt-Standorten wurde dies seit dem Jahr 2018 vollzogen und welche konkreten Kennzahlen (z. B. Anzahl der Notarzt-Einsätze pro 24 Stunden je Standort) spielen für solche Entscheidungen eine Rolle?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zum Förderprogramm Bürgerbusse gab bzw. gibt es, welche Kommunen haben die Fördergelder abgerufen (bitte mit Angabe der jeweiligen Fördersumme) und unter welchen Bedingungen können Fördermittel noch abgerufen werden?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die durchschnittliche Bezahlung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Staatsministerien und den Landesbehörden (bitte aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter, Anstellungsart und durchschnittlicher Verbleib in der Entgeltgruppe), welche Maßnahmen hat die Staatsregierung seit 2018 ergriffen, um den bekannten Gehaltsunterschied zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihren Ministerien und den angegliederten Landesbehörden zu verringern und welche Strategie verfolgt sie allgemein um das Thema Equal Pay in Bayern voranzutreiben?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in Hinblick auf das Auslaufen von geschätzt 1 000 000 Liter Gülle bzw. Gärflüssigkeit aus einer Biogasanlage in Fuchsstadt, Markt Reichenberg, Landkreis Würzburg, und dem starken Schlamm- und Ammonium-Eintrag in den Fuchsstadter Bach in Richtung Würzburg-Heidingsfeld, verursacht nach derzeitigem Stand der Ermittlungen durch eine vorsätzliche Öffnung der Entnahmeluken (vgl. Mainpost Online-Ausgabe von 15.02.2022), welche Schlüsse und Konsequenzen sie aus dem Vorfall für den stärkeren Schutz von Trink- und Fließwasser vor dem Eintrag von Schadstoffen aus Biogasanlagen zieht, wie sie aufgrund von Vorfällen in den vergangenen Jahren das Gefährdungspotenzial konkret beurteilt, das von Biogasanlagen für Umweltschutzgüter ausgeht und was sie konkret unternehmen wird, um Umweltschäden durch Leckagen oder vorsätzliche Manipulationen künftig soweit als möglich auszuschließen?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie das Schreiben des Markts Garmisch-Partenkirchen vom 15.07.2021 an Ministerpräsident Dr. Markus Söder bezüglich der Ski-WM 2027 im Wortlaut lautet, ob Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Bewerbung „mit Freude“ (laut seinem dem Bid Book beiliegenden Schreiben an die Bewerber) ausschließlich im eigenen Namen oder im Namen der Staatsregierung unterstützt und da im Bid Book nachzulesen ist, dass die Staatsregierung „neue Maßstäbe in Sachen Nachhaltigkeit von Sportveranstaltungen“ setzen will (Auszug Bid Book), die abschließende Frage, welche „neuen Maßstäbe in Sachen Nachhaltigkeit von Sportveranstaltungen“ die Staatsregierung bei der Ski-WM 2027 setzen will?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche finanziellen Fördermöglichkeiten gibt es in Bayern für eventuelle Mehrkosten, die durch den Einsatz von recycelten Baumaterialien wie z. B. RC-Beton entstehen, welche Unterstützung gibt es speziell für Schulen in Schwaben für nachhaltiges Bauen; plant sie weitere Förderprogramme für nachhaltiges Bauen mit recycelten Baumaterialien?

**Elmar Hayn**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen (angestellt oder verbeamtet) sind derzeit unbesetzt, wie hoch ist der Anteil davon, der voraussichtlich bis zum Jahresende 2022 besetzt werden kann, wie viel Zeit verging in den Jahren 2019 bis 2021 zwischen Ausschreibung und Besetzung der Stelle (Angaben bitte aufschlüsseln nach kürzestem Zeitraum, maximalem Zeitraum, durchschnittlichem Zeitraum und Median sowie nach Regierungsbezirken, Angestellten/ Beamten und Jahren)?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen organisatorischer wie finanzieller Art nach dem Brand am 16. Februar 2021 in der Münchner Studentenstadt ergriffen wurden, um die Gebäude (dies beinhaltet das Brandgebäude sowie die daraufhin gesperrten Gebäude) wieder in Stand zu setzen, welche Summen hierfür im Haushaltsentwurf 2022 bereit gestellt werden sollen (bitte unter Angabe der genauen Titelnummer) und welche Maßnahmen sie bereits ergriffen hat bzw. noch wird, um studentischen Wohnraum in München zu fördern?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es richtig ist, dass im Bid Book nachzulesen ist, dass sie eine finanzielle Beteiligung für die Finanzierung der Ski-WM 2027 und der dafür erforderlichen Arbeiten und Bauarbeiten abgegeben hat (Auszug aus dem Bid Book: „Das Lokale Organisationskomitee garantiert die gemeinsame Finanzierung der Fédération Internationale de Ski (FIS) Alpinen Skiweltmeisterschaften 2027 und der damit verbundenen Baumaßnahmen durch die Beteiligten [Bundesrepublik Deutschland, Staatsregierung, Gemeinde Garmisch-Partenkirchen, Deutscher Skiverband DSV“] ), auf welcher Grundlage hat sie diese für den Bewerbungsprozess notwendige finanzielle Garantie abgegeben und wann hat sie gegenüber den Bewerbern diese finanzielle Garantie abgegeben?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass die Bescheinigungen zur Androhung der Abschiebung nach § 59 Aufenthaltsgesetz (z. B. Grenzübertrettsbescheinigungen) von den Ausländerbehörden uneinheitlich und mit verschiedenen Dokumenten ausgestellt werden und damit dem Erlöschen der Duldung Nachteile für die ausreisepflichtigen Betroffenen einhergehen (z. B. in Hinblick auf Erlangung eines Aufenthaltstitels, Durchführung einer Vaterschaftsanerkennung, Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme), frage ich die Staatsregierung, aus welchem Grund von einer einheitlichen Ausstellung der Bescheinigungen abgesehen wird, von welchen unterschiedlichen Bescheinigungen die Ausländerbehörden in der Praxis Gebrauch machen und welche weiteren Nachteile die ausreisepflichtigen Ausländerinnen bzw. Ausländer haben, die nicht im Besitz einer Duldung sind?

- Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, ob Sie über Kenntnisse verfügt, dass der mutmaßliche Fluchthelfer von Jan Marsalek und ehemalige österreichische Verfassungsschützer, Egisto O., mit russischen Geheimdiensten Kontakt hatte, ob sie Kenntnisse darüber hat, dass Jan Marsalek nach seinem Verschwinden versucht hat, Aussagen von Vertrauten bei der Staatsanwaltschaft zu manipulieren und seit wann der Staatsanwaltschaft München österreichische Ermittlungsakten vorliegen, auf die sich die Süddeutsche Zeitung in dem Artikel „Marsalek, der Maulwurf und der Wiener Sumpf“ vom 16.02.2022 bezieht?
- Annette Karl**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, inwieweit die vom Bund zur Verfügung gestellten 6,5 Mio. Euro für 2021 bzw. 6,8 Mio. Euro für 2022 zur Verbesserung der Warninfrastruktur als ausreichend betrachtet werden, wie hoch der Ausbaubedarf in Bayern geschätzt wird und welche Mittel der Freistaat zusätzlich zur Verfügung stellt?
- Christian Klingen**  
(AfD) Vor dem Hintergrund, dass in den Medien über eine neue Variante von HIV-1 in den Niederlanden berichtet wird, frage ich die Staatsregierung, ob diese neue HIV Variante (VB-Variante) nach ihrer Kenntnis auch in Bayern vorkommt, ob Personen, die durch Therapie oder Prävention (PreP) vor einer Ansteckung geschützt sind, auch vor der neuen Variante geschützt sind und ob der Staatsregierung aktuelle Daten zum Forschungsstand zur Bekämpfung von HIV vorliegen?
- Natascha Kohnen**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, ob ihr Fälle bekannt sind, bei denen es in Unterkünften, die eigens für Studierende gebaut wurden und dabei vom Freistaat gefördert wurden (z. B. durch zinslose Darlehen des Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration) nach Beendigung der Bindungsfristen (u. a. durch Rückzahlung der Darlehen) zu einem Anstieg der Mietpreise von über 15 Prozent gekommen ist?
- Sebastian Körber**  
(FDP) Nachdem das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr in seiner Pressemitteilung am 15.12.2021 (vgl. Pressemitteilung 246/2021) ein Stufenkonzept zur Verbesserung der Schienenanbindung des Flughafens München ankündigte, frage ich die Staatsregierung, welche einzelnen Stufen das Konzept beinhaltet, welche Schritte hier jeweils notwendig sind (bspw. in Form finanzieller Mittel, Unterstützung vom Bund etc.) und bis wann die einzelnen Stufen jeweils erreicht werden sollten (Zielwert)?
- Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wer sie kontaktiert hat und die im Bid Book nachzulesende von der Staatsregierung abgegebene Garantie für die Beteiligung an der Finanzierung der Ski-WM 2027 und der dafür erforderlichen Arbeiten und Bauarbeiten angefragt hat ,in welchem Gremium hat sie diese Garantie beschlossen und wie hoch ist diese finanzielle Garantie?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Rahmenbedingungen für die von ihr in Aussicht gestellte Ermöglichung von Märkten und Volksfesten in diesem Jahr gelten, ob die Aufhebung der bestehenden Kapazitätsgrenzen für Freizeitparks sowie die aktuelle Lockerung von 2G auf 3G in der Gastronomie für Märkte, Volksfeste und Festwirte übernommen wird und bis wann die Marktkaufleute, Schaustellerinnen und Schausteller sowie Festwirtinnen und Festwirte verbindliche Angaben erhalten, um mit Vorbereitungen wie Personalbeschaffung, Organisation und Planung rechtzeitig vor Saisonstart beginnen zu können?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der alleinerziehenden Eltern in Bayern sind einkommensarm, wie viele armutsgefährdet und wie viel Prozent der alleinerziehenden Eltern in Bayern sind Frauen?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wann angedacht ist, die konsolidierten Maßnahmen des Pyramidenprozesses über den gewohnt langwierigen Abstimmungsprozess in Rettungsdienstausschuss und den ganzen Ärztliche Leiter Rettungsdienst (ÄLRD) auch Notfallsanitätern zuzutrauen und so dem Notarztmangel zu begegnen, wie die Prozesse verschlankt werden, damit 2c-Freigaben künftig nicht länger als acht Wochen auf dem Dienstweg hin- und hergesendet werden müssen und ob damit zu rechnen ist, dass mit dem Weggang des zuständigen Ministerialrates in der Abteilung D3 künftig mehr Innovation im Rettungsdienst Einzug hält?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Anzahl der Intensivbettenkapazitäten in den Kreiskrankenhäusern Wertingen und Dillingen a. d. Donau jeweils in den Jahren 2012 bis 2022 entwickelt hat, welches Defizit die beiden Krankenhäuser jeweils in den Jahren 2012 bis 2022 zu verbuchen hatten und welche Maßnahmen seit Beginn der Coronasituation ergriffen wurden, um die Intensivbettenkapazitäten in den genannten Kliniken zu erweitern?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann die Staatsanwaltschaft München Kenntnis von denen als Suisse Secrets bekannt gewordenen Daten hat, seit wann sie über die diese Daten verfügt und welche Schritte sie aufgrund dieser Enthüllung nach heutigem Stand einleiten wird?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der Großraum Regensburg laut einem von der regionalen Politik und der Eisenbahngesellschaft (BEG) in Auftrag gegebenen Gutachten bis Mitte der 2030er-Jahre im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) über einen S-Bahn-ähnlichen Verkehr verfügen könnte<sup>5</sup>, frage ich die Staatsregierung, sind diese Vorhaben bzw. die geplanten Infrastrukturmaßnahmen für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG-Bundesprogramm) angemeldet, ist das Projekt in das GVFG aufgenommen, wenn nicht, wie gestalten sich die weiteren zeitlichen Planungen der BEG zu diesem Projekt?

---

<sup>5</sup> vgl. <https://beg.bahnland-bayern.de/de/regio-s-bahn> und <https://www.regensburg.de/leben/verkehr-u-mobilitaet/bus-und-bahn/spnv-entwicklungskonzept-raum-regensburg>

**Hep Monatzeder**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetscherinnen bzw. Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose Kinder und Jugendliche abgesichert, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wahrnehmen möchten, sind der Staatsregierung Fälle bekannt, bei denen diese Finanzierung in der Praxis nicht sichergestellt ist bzw. die Refinanzierung der Träger für diese Kosten nicht gelingt, und welche Anpassungen sind aus Sicht der Staatsregierung hier erforderlich, um die gleichberechtigte Teilhabe von gehörlosen Kindern und Jugendlichen an Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe zu verbessern?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gemäß welcher Kriterien und Förderrichtlinien wird die Vergabe der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Mittel zur Umsetzung des mit der Regierungserklärung „Klimaland Bayern“ vom 21. Juli 2021 verkündeten Projekts „Agri-PV-Solarparks“ sowie die Vergabe der Mittel der in der sogenannten Fraktionsreserve aufgeführten Initiative „Agri-Photovoltaik: Versuchsfläche zur Kombination PV und landwirtschaftlicher Nutzung“ erfolgen und wurde bereits eine Entscheidung getroffen, wo sich die Versuchsfläche befinden wird?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Nachdem im Rahmen des Programms „Mobile Police“ eine grundlegende Digitalisierung der Polizei angekündigt wurde, frage ich die Staatsregierung, wie viele der Polizeibeamtinnen und –beamten ein eigenes dienstliches Smartphone besitzen (bitte Zahlen in den Jahren 2019, 2020, 2021 und heute sowohl in absoluten Zahlen als auch als prozentualer Ausstattungsgrad aller Beamten darstellen), wie viele Einsatzfahrzeuge der Polizei über eine Vollausstattung mit Convertibles und Smartphones verfügen (bitte in oben genannter Darstellungsweise) und in welchem Planungshorizont damit gerechnet wird, dass die Ausstattung vollständig abgeschlossen ist (bitte jeweilige Anschaffungsplanungen je Haushaltsjahr und entsprechend geplante Kosten darstellen)?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Wortlaut der planerischen und baulichen Masterplanungen für die Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg, konkret des Masterplans FAU, des Masterplans Universitätsklinikum und des Masterplans Uni-Südgelände?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit konnten die in den Kitas eingesetzten pädagogischen Qualitätsbegleiterinnen bzw. Qualitätsbegleiter (PBQ), ihre aufsuchende Arbeit seit Ausbruch der Coronapandemie ausüben (bitte auch unter Nennung der aufgetretenen Hürden und Probleme), wie viele Kitas konnten von den Angeboten der PQBs seit März 2020 profitieren (bitte im Vergleich zu Zeiträumen vor Corona angeben) und wie hat sich die Zahl der eingesetzten PQBs seit Beginn der Pandemie entwickelt?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unfälle gab es beim Rechtsabbiegen von Lkw in Bayern seit 2018 (bitte nach Jahren, Zahl der Verletzten und Todesopfer aufgeschlüsselt angeben), über welche Daten verfügt sie, inwieweit Unternehmen mit elektronischen Rechtsabbiegesystemen ausgerüstet sind, um Unfälle zu verhindern und somit Menschenleben zu retten und wann legt der Freistaat ein Förderprogramm für solche Rechtsabbiegesysteme auf?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, für wie viele Räume in der Kindertagesbetreuung und in den Schulen in Bayern wurde nach der Landesförderrichtlinie (VISKu 12-R) eine Förderung für mobile Raumlufreiniger beantragt, bewilligt und ausgezahlt (bitte einzelne Summen aufgegliedert nach Kindertageseinrichtungen, Schulen und Heilpädagogische Tagesstätten je Status im Förderverfahren nennen und dazu auch das damit verbundene Fördervolumen in Euro darstellen sowie auf mittlerweile zurückgezogene Anträge eingehen), wie hoch sind die Mittel, die sie bereits beim Bund hierfür angemeldet bzw. ausgezahlt bekommen hat (bitte unter Nennung der bereits ausbezahlten Fördermittel in absoluten Zahlen und relativ zur insgesamt bereitstehenden Summe für Bayern beantworten), und wie wird die Ausstattung der Räume mit Raumlufreinigungsgeräten in den verschiedenen Einrichtungsformen dokumentiert (bitte die unterschiedlichen Dokumentationssysteme der Staatsministerien darstellen und deren Nutzung begründen)?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob die sechs Verwaltungsgerichte in den vergangenen Tagen und Wochen Anschreiben des „Deutschen Instituts für Menschenrechte“ sowie die Broschüre „Rassistische und rechtsextreme Positionierungen im Dienste des Staates? Warum ein Eintreten für die AfD mit der verfassungsrechtlichen Treuepflicht nicht vereinbar ist“ von dem genannten Institut zugeschickt bekommen haben, wie sie diesen Versuch beurteilt, die unabhängige Richterschaft zu beeinflussen und welche Reaktionen seitens der Staatsregierung wurden getroffen bzw. sind geplant?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Presseberichterstattung (vgl. SZ vom 05.02.2022, Die letzte Chance der Kirche, Seite 44), wonach das Bistum Passau erwägt, insbesondere mit Blick auf ca. 3 000 bisher ungeachteter Personalakten katholischer Geistlicher, ein externes Gutachten zum sexuellen Missbrauchs durch kirchliches Personal im Bistum Passau in Auftrag zu geben, frage ich die Staatsregierung, welche staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Geistliche und andere Mitarbeiter aus dem Bistum Passau geführt werden bzw. wurden, welcher Austausch zwischen staatlichen Behörden mit dem Bistum Passau zu diesem Thema stattgefunden hat und insbesondere wann die Unterlagen, die zur Erstellung des externen Gutachtens herangezogen werden sollen, von den Ermittlungsbehörden beschafft werden bzw. wurden, um gemäß des Legalitätsprinzips den staatlichen Ermittlungen den Vorrang vor kirchlichen Ermittlungen einzuräumen?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie inzwischen Kenntnis darüber hat, welche der in den Schulen eingesetzten Antigen-Schnelltests entsprechend der Einschätzung des Paul-Ehrlich-Instituts (Siemens, Roche, Flowflex, Abbott, Acon Biotech, Premier Medical Corporation, CTK Biotech) geeignet sind, die Omikron-Variante zuverlässig zu erkennen, falls die bisherigen Tests nicht für Omikron geeignet sind, werden neue, qualitativ bessere Tests für die Schulen angeschafft und von welchen Firmen werden aktuell Schnelltests an Schulen verwendet?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie über die Vernetzung der Incel-Bewegung im Internet, welche Straftaten mit Bezügen zur Incel-Bewegung wurden in Bayern bisher registriert und welche Maßnahmen ergreift sie präventiv gegen Frauenfeindlichkeit in Bayern?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, werden die Kosten durch Angriffe auf Polizeibeamtinnen bzw. -beamte in Bayern statistisch erfasst, welche Kosten entstehen durch Angriffe auf Polizeibeamtinnen bzw. -beamten in Bayern (bitte mit Angabe der Art der Kosten) und wie viele Kosten sind aufgrund von Angriffen auf Polizeibeamtinnen bzw. -beamten im letzten Jahr in Bayern entstanden (bitte mit Angaben zur Höhe der Kosten)?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der beschlossene Zeitplan für Planung und Bauausführung für die dringend notwendige Sanierung oder Neubau des Sitzungssaalgebäudes im Justizzentrum Traunstein, für welche Verfahrensschritte wurden die Gelder im Haushalt bereits berücksichtigt und nach welchem Energiestandard wird saniert bzw. neu gebaut?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob zwischen hochgradig hörbehinderten Personen und Gehörlosen differenziert wird (falls ja, bitte die konkreten Kriterien mitteilen), wie viele Gehörlose als dauerhaft wohnhafte Personen in Bayern gemeldet sind und wie viele hochgradig Hörbehinderte als dauerhaft wohnhafte Personen in Bayern gemeldet sind?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Festlegung des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge am 11. Februar 2021 als Radon-Vorsorgegebiet frage ich die Staatsregierung, auf welchem Weg die Veröffentlichung der Messergebnisse durch die entstandene Verpflichtung aller Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Messung der Radonkonzentration im Erd- und Kellergeschoss geplant ist, wie genau die Ergebnisse im weiteren Verlauf genutzt werden sollen und ob sie Erkenntnisse aus anderen laufenden Untersuchungen in Bayern hat, dass weitere Gebiete im Freistaat zum Radon-Vorsorgegebiet erklärt werden können?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass Bayerns Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer am 8. Februar 2022 das Modellprojekt LANDSTADT BAYERN gestartet und zur Bewerbung bayerischer Städte und Gemeinden (mit bis zu 100 000 Einwohnern) bis zum 8. April 2022 aufgerufen hat, frage ich die Staatsregierung, wie hoch ist das Fördervolumen für das Modellvorhaben LANDSTADT BAYERN, aus welchem Fördertopf werden die benötigten Mittel genommen und wie viele Städte und Gemeinden können mit dem Modellvorhaben voraussichtlich gefördert werden?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund des Konkordats von 1924 sowie den Erklärungen zu Art. 5 aus dem Schlussprotokoll vom 4. September 1974, geändert durch Schlussprotokoll zum Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Bayern vom 8. Juni 1988 (Gesetz- und Verordnungsblatt – GVBl Seite 241) frage ich die Staatsregierung, wie sich die im Haushaltsentwurf 2022 und im Haushalt 2021 angesetzten Zahlungen an Seelsorgegeistlichen jeweils genau errechnet haben (bitte hierbei die Zahl der mit einem Pauschalbetrag bezuschussten Personen und dessen jeweilige Höhe sowie die Zahl der vergüteten Jahreswochenstunden für durch kirchliches Personal erteilten Religionsunterricht benennen und zum Vergleich nach den beiden Kirchen untergliedern), wie oft wurde sie im Sinne des Art. 10 § 1 Satz 2 Buchst. k) des Konkordats in den vergangenen zehn Jahren um ihr Einverständnis zu neu errichteten oder umgewandelten Seelsorgestellen gebeten (bitte jeweils den Sachverhalt kurz darstellen) und wie ist die auf Drs. 18/3954 angesprochene Auffassung der Staatsregierung, die „Zuschüsse zur Besoldung der Seelsorgegeistlichen“ seien freiwillige Leistungen im Detail begründet (bitte Herleitung und Rechtsfolgen – insbesondere für eventuelle Veränderungen in der Höhe der Leistungen – sowie ggfs. hierzu beauftragte Rechtsgutachten darstellen)?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Da die Grund- und Mittelschulen in Bayern, um den Schulbetrieb zu gewährleisten, dringend personelle Unterstützung brauchen und bisher zum Halbjahr häufig Lehrkräfte zur Verfügung standen, die sich während ihrer eigentlichen Elternzeit bereit erklärt haben, für einige Stunden Unterrichtsverpflichtung ihre Familienpause zu unterbrechen, um an einer Schule in der Nähe ihres Wohnortes auszuhelfen, frage ich die Staatsregierung, in welchem Stundenumfang in den einzelnen Regierungsbezirken die Lehrerinnen bzw. Lehrer dieses Angebot unterbreitet haben und wie viele dieser Unterrichtsverpflichtungs-Angebote angenommen bzw. abgelehnt wurden und falls Ablehnungen ausgesprochen wurden, mit welcher Begründung?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gebiete in Niederbayern gelten als Tourismusgebiete im Sinne des bayerischen regionalen Förderprogramms für die gewerbliche Wirtschaft, welche Kriterien muss ein Gebiet erfüllen, um als Tourismusgebiet eingestuft zu werden und welche Veränderungen gab es bei den Tourismusgebieten in Niederbayern in den letzten fünf Jahren?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil (prozentual und in absoluten Zahlen) an Frauen als Dienststellenleitungen der Polizei in Bayern (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten in den letzten fünf Jahren angeben)?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Anlässlich des Erdbeutes am KZ-Ehrenfriedhof Leitenberg (siehe Berichterstattung in der Süddeutschen Zeitung vom 11.02.2022) und anknüpfend an meine Anfrage zum Plenum vom 05.02.2021 frage ich die Staatsregierung, wieso hat die Stiftung Bayerische Gedenkstätten bzw. das zuständige Staatsministerium für Unterricht und Kultus bislang keinen Beschluss zur Erhaltung des KZ-Ehrenfriedhofs Leitenberg gefasst, welche Sofortmaßnahmen wird sie ergreifen, um den weiteren Verfall dieses zentralen Gedenkortes zu verhindern und welche zeitliche bzw. finanzielle Perspektive für die Zuwegung und Sicherung des Friedhofs sieht sie?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der der Pressemitteilung Nr. 14/22 des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz „Zukunft des Walchensee-Systems wird rechtlich neu geordnet“ vom 17.02.2022 heißt es unter anderem, dass „[a]m Walchenseekraftwerk mit der Überleitung der Isar am Krüner Wehr [...] kein Heimfallanspruch zugunsten des Freistaates Bayern [besteht]“; frage ich die Staatsregierung, welcher Vertragsvereinbarung (bitte um Nennung des Inhalts in Zitatform, der Unterzeichnerinnen bzw. Unterzeichnern und des Datums) ist dies geschuldet, welche Verhandlungen gingen dieser Vereinbarung voraus (bitte um Nennung der Verhandlungspartnerinnen bzw. Verhandlungspartnern, des Inhalts und Zeitraums sowie der Originalquellen zur Information der Öffentlichkeit über die Vereinbarung zum damaligen Zeitpunkt) und wer wirkt von Seiten der Staatsregierung aktuell an der Entscheidungsfindung in Sachen Zukunft des Walchenseekraftwerks mit (bitte um Nennung der Ministerien unter Angabe von Referat und Abteilung)?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Eröffnung eines Verfahrens vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts München gegen drei Männer aus der rechtsextremen Szene wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz, frage ich die Staatsregierung, wann mit der Eröffnung der Verfahren gegen die weiteren an dem Schmuggel von Kriegswaffen aus Kroatien beteiligten 14 Personen zu rechnen ist, vor welchen Gerichten jeweils die Verfahren stattfinden werden und ob es neue Erkenntnisse zum Ver-

bleib der geschmuggelten Kriegswaffen gibt?

**Margit Wild**  
(SPD)

Nachdem während der Coronapandemie sog. Teamlehrkräfte den Unterrichtsbetrieb in Bayern unterstützt haben und teilweise den Präsenzunterricht einer Stammlehrkraft, die coronabedingt nicht selbst vor der Klasse stehen konnte, übernommen haben, frage ich die Staatsregierung, wie viele Teamlehrkräfte jeweils in den beiden Schuljahren 2020/2021 bzw. 2021/2022 bisher zum Einsatz gekommen sind (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Gemeinden angeben), wie sich der Stundenumfang der Teamlehrkräfte in diesen beiden Schuljahren darstellt (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Gemeinden angeben) und welcher unverbrauchter Finanzmittel-Bedarf für die Teamlehrkräfte in den beiden Schuljahren sich bisher errechnet?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Dosen des Novavax-Impfstoffes Nuvaxovid stehen zum Start der Vergabe in Bayern zu Verfügung, wie verteilt sich die Dosen auf die Impfzentren (bitte Menge an Dosen nach Impfzentrum auflisten) und wie viele Dosen stehen in Kliniken der Arztpraxen zu Verfügung (bitte nach Dosen in Arztpraxen nach Regierungsbezirk auflisten, sowie nach Kliniken/ Klinikverbund auflisten und bei den Kliniken bitte angeben und jeweils sofern möglich Verfügbarkeit der Dosen in Praxen und Kliniken für Patienten oder Angestellte angeben)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob Einnahmen aus einer Parkraumbewirtschaftung durch Hochschulen und Universitäten unter Art. 5 Abs. 1 Satz 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHschG) („Soweit im Staatshaushaltsplan oder in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, stehen von der Hochschule erzielte Einnahmen dieser zur Verwendung für Hochschulzwecke zur Verfügung.“) fallen würden, ob Einnahmen aus einer Parkraumbewirtschaftung demnach an Hochschulen und Universitäten verwendbar für Lehre, Forschung oder etwa Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen wären und welche zusätzlichen Anreize für Studierende wie Beschäftigte an staatlichen Hochschulen und Universitäten wird die Staatsregierung schaffen, damit diese auf Fahrrad, Bahn und Bus umsteigen (bitte Zeitplan nennen)?